

Aus dem Inhalt

Kirchen

Oberkirchenrätin Helmke will
Generalsuperintendentin in
Berlin werden 2

Bistum Osnabrück ruft mit
Lichtinstallation zur
Bundestagswahl auf 3

Valentinstag: Kirche lädt zu
„Candle-Light-Segnung“ ein 3

Gesellschaft

Religionsexpertin: Der
Nahostkonflikt belastet
Miteinander an Schulen 4

Bündnis: Mehr als eine halbe
Milliarde Kinder leidet
unter Konflikten 7

Fachkräfte aus Kolumbien:
Niedersachsen
startet Modellprojekt 8

Soziales

Land strebt bessere Bezahlung
für Notfallsanitäter an 14

Braunschweiger Jugendbüro
erhält rund 233.000 Euro 14

Umwelt

Klimastreiks am Freitag an
vielen Orten in Niedersachsen
und Bremen 16

Kultur

Künstler mit Behinderungen
gestalten Basilika St. Godehard 17

Impressum 18

Regionalbischöfin oder Regionalbischof für den Sprengel Stade gesucht

Stade (epd). Die hannoversche Landeskirche sucht bundesweit zum 1. September einen neuen Regionalbischof oder eine neue Regionalbischöfin für den evangelisch-lutherischen Sprengel Stade. Erstmals werde das Leitungsamt in der Region zwischen Nordsee und Heide, Hamburg und Bremen per öffentlicher Ausschreibung besetzt, sagte eine Sprecherin des Sprengels am Dienstag dem Evangelischen Pressedienst (epd). Der amtierende Regionalbischof Hans Christian Brandy wird am 29. Juni nach 15 Jahren im Amt in den Ruhestand verabschiedet. Der Amtssitz befindet sich in Stade.

Für die auf zehn Jahre befristete Stelle wird ein Kandidat oder eine Kandidatin mit Leitungskompetenz und ausgeprägten kommunikativen Fähigkeiten gesucht. Neben einer theologischen Reflexionsfähigkeit sowie theologischem Sprachvermögen sollten die Bewerberinnen und Bewerber über das Interesse verfügen, strukturelle und kulturelle Veränderungen zu gestalten.

Der Sprengel Stade umfasst rund 400.000 Mitglieder in 158 Kirchengemeinden und neun Kirchenkreisen. Unterschiedliche Frömmigkeitsstile kennzeichnen den Angaben zufolge das kirchliche Leben der Region „zwischen ländlichem Raum und Urbanität“. Das Wort „Sprengel“ leitet sich von dem Bezirk ab, in dem früher ein Bischof mit seinem Wedel (Sprengel) „sprengen“, also segnen durfte.

Zum Sprengel gehören unterschiedliche Einrichtungen wie die Seemannsmission, das Evangelische Bildungszentrum Bad Bederkesa, große Einrichtungen der Diakonie in Rotenburg, die Telefonseelsorge Elbe-Weser sowie das „Hospiz zwischen Elbe und Weser“ in Bremervörde. Außerdem prägen den Sprengel zahlreiche historische Sakralgebäude sowie eine bedeutende historische Orgellandschaft.

Oberkirchenrätin Helmke will Generalsuperintendentin in Berlin werden

Berlin/Hannover (epd). Die hannoversche Oberkirchenrätin Julia Helmke will evangelische Generalsuperintendentin in Berlin werden. Die 55 Jahre alte Professorin und frühere Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentags gehört zu den drei Kandidierenden, die sich um die Leitung des Sprengels Berlin in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) bewerben. Am 16. März um 14 Uhr wird sie sich mit einem Gottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche sowie einem Vortrag und einer Gesprächsrunde vorstellen, wie die EKBO mitteilte. Die Wahl findet am 30. März statt.

Helmke leitet seit 2021 das Referat für Theologie, Gottesdienst, Kirchenmusik und Geistliches Leben im evangelisch-lutherischen Landeskirchenamt in Hannover. Zuvor war sie vier Jahre lang Generalsekretärin des Kirchentags. Die Theologin stammt aus der bayerischen Landeskirche. Sie wurde 1969 in Freising geboren und arbeitete nach dem Studium zunächst in München.

Für ihren Beruf zog sie später in den Norden. Von 2005 bis 2015 war sie die Beauftragte für Kunst und Kultur in der hannoverschen Landeskirche. Im Februar 2015 wechselte sie ins Bundespräsidialamt nach Berlin, damals noch unter Bundespräsident Joachim Gauck. Zwei Jahre lang leitete sie dort das Referat für gesellschaftspolitische Grundsatzfragen.

Helmke lehrt seit 2015 als Honorarprofessorin für Christliche Publizistik in Erlangen und ist ehrenamtlich engagiert in der evangelischen Filmarbeit. Von 1999 bis 2002 absolvierte sie ein Aufbaustudium in Filmgeschichte und Filmkritik an der Hochschule für Fernsehen und Film in München und schrieb ihre Doktorarbeit über die kirchliche Filmarbeit.

Ihre Mitbewerber in Berlin sind der 59-jährige Superintendent von Tempelhof-Schöneberg, Michael Raddatz, und die 60 Jahre alte promovierte Pfarrerin Cornelia Weber aus Mannheim. Gesucht wird ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin für die im Dezember in den Ruhestand verabschiedete Ulrike Trautwein, die 13 Jahre lang Berliner Generalsuperintendentin war. Der Sprengel Berlin ist eine von drei Regionen der EKBO neben Potsdam und Görlitz. Von 2008 bis 2010 war der heutige hannoversche Landesbischof Ralf Meister Generalsuperintendent in Berlin.

Bistum Osnabrück ruft mit Lichtinstallation zur Bundestagswahl auf

Osnabrück (epd). Das katholische Bistum Osnabrück ruft mit einer Lichtinstallation am Osnabrücker Dom zur Teilnahme an der Bundestagswahl auf. Bis einschließlich zum 23. Februar sind jeweils ab Einbruch der Dunkelheit auf dem rechten Turm die Motive der bundesweiten Kampagne „Für alle. Mit Herz und Verstand“ zu sehen, wie das Bistum am Dienstag mitteilte. Die drei zentralen Begriffe der Kampagne „Menschenwürde, Nächstenliebe und Zusammenhalt“ leuchteten von der Dommauer.

An der Anfang Januar gestarteten Initiative beteiligen sich viele weitere katholische Bistümer und evangelische Landeskirchen. Sie setzt sich außerdem für Demokratie und gegen Extremismus ein. „Diese Aktion macht zugleich Hoffnung: Menschenwürde, Nächstenliebe und Zusammenhalt bringen Licht in die Dunkelheit“, sagte Generalvikar Ulrich Beckwermert.

Die Kirchen in Niedersachsen und Bremen hatten darüber hinaus bereits in der vergangenen Woche explizit dazu aufgerufen, sich an der Bundestagswahl zu beteiligen. Sie appellierten an „alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, ihr Wahlrecht auszuüben und mit Herz und Verstand demokratisch zu wählen“.

Valentinstag: Kirche lädt zu „Candle-Light-Segnung“ ein

Hannover (epd). Bei einer „Candle-Light-Segnung“ im Kerzenschein können Menschen am Valentinstag (14. Februar) in Hannover ihre Liebe, Freundschaft oder Verbundenheit feiern. Dazu sind in der Marktkirche verschiedene Stationen aufgebaut, wie der Evangelisch-lutherische Kirchenkreis Hannover als Initiator am Montag mitteilte. „Von romantischen Ecken bis zu inspirierenden Botschaften - jede Station ist ein Fest der Liebe“, hieß es. Die Kirche erstrahle dabei in warmem Kerzenlicht.

„Liebe verbindet“, sagte Stadtsuperintendent Rainer Müller-Brandes: „Dieser Abend ist für alle, die sich durch das Band der Liebe verbunden fühlen.“ Eingeladen sind nach seinen Angaben alle Menschen, unabhängig von ihrer religiösen, kulturellen oder sexuellen Orientierung. Beginn ist um 18 Uhr, die Kirche bleibt bis 21 Uhr geöffnet. Wer teilnehmen möchte, kann kommen, wann er oder sie es möchte. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

Die Segnungen werden von sechs Pastorinnen und Pastoren aus dem Raum Hannover angeboten. Diese stehen auch für Gespräche bereit. „Es geht nicht nur um den romantischen Aspekt der Liebe, sondern um die vielfältigen Beziehungen, die unser Leben bereichern“, erläuterte Mitorganisator Stephan

Lackner „Ob es die tiefe Freundschaft, eine neu entdeckte oder langjährige Partnerschaft ist - jeder ist willkommen, sich segnen zu lassen und gemeinsam einen Moment des Friedens und der Verbundenheit zu erleben.“

Religionsexpertin: Der Nahostkonflikt belastet Miteinander an Schulen

epd-Gespräch: Von Julia Pennigsdorf

Hannover (epd). Nach Ansicht der Religionsexpertin Nina Käsehage belasten der Terrorangriff der radikalislamischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der dadurch neu aufgeflamnte Nahostkonflikt das Miteinander an deutschen Schulen. „Viele Lehrkräfte sind verunsichert, wie sie den Konflikt im Unterricht angesichts der zum Teil hochemotionalen Stimmung thematisieren sollen“, sagte die Extremismusforscherin im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Käsehage leitet das vom „Haus der Religionen“ in Hannover initiierte Pilotprojekt „Der globale Konflikt im Klassenzimmer - Antisemitismus trifft auf antimuslimischen Rassismus“.

„Wir haben infolge dieser Ereignisse viele Anfragen von Lehrkräften erhalten, weil der Nahostkonflikt zu Auseinandersetzungen innerhalb ihrer Klassen geführt hat und sie verunsichert sind, wie sie damit umgehen sollen“, sagte Käsehage. Ziel des vom niedersächsischen Kultusministerium finanzierten Projekts sei es, Lehrkräfte zu unterstützen und empiriebasierte Weiterbildungen und Materialien für sie zu entwickeln. „Das Haus der Religionen verfügt als einzigartige Bildungseinrichtung über sachbezogene Informationen zu den Themen Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus.“

Das rund einjährige Programm fußt Käsehage zufolge auf zwei Säulen. Die Projektverantwortlichen hospitierten in den Unterrichtsfächern, die sich mit den Themen Judentum, Islam, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus befassen, und führten Interviews mit der Lehrer- und Schülerschaft. Auf Basis dieser empirischen Erhebungen würden dann passgenaue Weiterbildungen für die Lehrkräfte entwickelt.

Dazu zählten pädagogische und didaktische Handreichungen sowie Social-Media-Trainings, die die Lehrkräfte und die Schülerschaft etwa dabei unterstützen, Fake News und Desinformationskampagnen zu erkennen. „Besonders Schülerinnen und Schüler müssen davor geschützt werden, extremistische Inhalte unreflektiert zu übernehmen“, betont die Religionswissenschaftlerin.

Es gehe darum, in den Klassenräumen eine möglichst sachliche, unaufgeregte Diskussion zu führen und zu verhindern, dass Schülerinnen und Schüler in einen Radikalisierungstunnel abtauchen. Es müsse klar sein, dass an Schulen

Kirchen

Gesellschaft

keine antisemitischen, antimuslimischen und rassistischen Narrative toleriert werden. „Unser Projekt und die damit verbundenen Fortbildungen befähigen Lehrkräfte und die Schulgemeinschaft, religionsbezogene Diskriminierung zu erkennen und sich gemeinsam dagegen zu positionieren.“

Religionsexpertin: Nahostkonflikt verunsichert viele Lehrkräfte

„Haus der Religionen“ bildet Pädagoginnen und Pädagogen fort

epd-Gespräch: Julia Pennigsdorf

Hannover (epd). Der Terrorangriff der radikalislamischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der Nahostkonflikt belasten das Miteinander an deutschen Schulen. Viele Lehrkräfte seien verunsichert, wie sie den Nahostkonflikt im Unterricht angesichts der zum Teil hochemotionalen Stimmung thematisieren sollen, sagt Nina Käsehage im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die Religionsexpertin und Extremismusforscherin leitet das vom „Haus der Religionen“ in Hannover initiierte Pilotprojekt „Der globale Konflikt im Klassenzimmer - Antisemitismus trifft auf antimuslimischen Rassismus“. Ziel des vom niedersächsischen Kultusministerium finanzierten Programms ist es, Lehrkräfte themenbezogen zu unterstützen und Unterrichtsmaterialien zu entwickeln.

epd: Frau Käsehage, wie ist die Situation an den Schulen, was spiegeln Ihnen die Lehrkräfte?

Nina Käsehage: Die Ereignisse des 7. Oktobers 2023 haben dazu geführt, dass der Nahostkonflikt Einzug in die Mitte unserer deutschen Gesellschaft gefunden hat. Dieser Konflikt gefährdet neben anderen extremistischen Bedrohungslagen, die etwa von der neuen Rechten oder radikalislamischen Bewegungen ausgehen, das friedliche Zusammenleben. Betroffen sind auch besonders vulnerable Gruppen wie Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihres Alters und Entwicklungsstatus eines besonderen Schutzes bedürfen.

Wir haben infolge dieser Ereignisse sehr viele Anfragen von Lehrerinnen und Lehrern erhalten, weil der Nahostkonflikt zu Unstimmigkeiten, Auseinandersetzungen und Konflikten innerhalb ihrer Klassen geführt hat. Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus gab es bereits vor dem 7. Oktober, aber danach hat sich das Problem noch einmal verschärft. Lehrkräfte sind zum Teil sehr verunsichert und wissen nicht, wie sie mit diesem Konflikt im Unterricht umgehen sollen.

epd: Wo wird das Problem spürbar?

Käsehage: Das gilt insbesondere für den Religionsunterricht, aber auch für den Politik- und Geschichtsunterricht. Die Lehrkräfte möchten nichts falsch

Gesellschaft

machen oder sich unabsichtlich an einer antisemitischen oder rassistischen Rhetorik beteiligen. Mit Blick auf die zunehmenden Übergriffe auf jüdische Mitbürger müssen wieder größere Schutzräume etabliert werden - auch in Schulen.

All das führt dazu, dass Lehrkräfte didaktische und inhaltliche Unterstützung benötigen, um sich handlungssicherer zu fühlen. Das Projekt „Der globale Konflikt im Klassenzimmer“ will Lehrkräfte fachlich unterstützen und Schülerinnen und Schüler ermöglichen, über ihre Sorgen und Nöte zu sprechen. Das Haus der Religionen verfügt als einzigartige Bildungseinrichtung über sachbezogene Informationen zu den Themen Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus.

epd: Was konkret leistet das Projekt „Der globale Konflikt im Klassenzimmer“?

Käsehage: Das rund einjährige Projekt fußt auf zwei Säulen. Zum einen hospitieren wir an den Schulen in den Unterrichtsfächern, die sich mit den Themen Judentum, Islam, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus befassen - dazu führen wir Interviews mit der Lehrer- und Schülerschaft. Zum anderen bieten wir auf Basis dieser empirischen Erhebungen passgenaue Weiterbildungen für die Lehrkräfte an. Darin thematisieren wir etwa verschiedene Ursprünge des Nahostkonflikts und schauen uns an, wie es zur Ausbildung antisemitischer und antimuslimischer Narrative kommen kann.

Unsere pädagogischen und didaktischen Handreichungen und Social-Media-Trainings unterstützen die Lehrkräfte und die Schülerschaft dabei, Fake News und Desinformationskampagnen erkennen zu können. Dadurch sollen besonders Schülerinnen und Schüler davor geschützt werden, extremistische Inhalte unreflektiert zu übernehmen.

epd: Können Sie das näher erläutern und Beispiele nennen?

Käsehage: Ziel sowohl der antisemitischen als auch antimuslimischen Inhalte auf Social Media ist es, die Deutungshoheit über das Geschehene zu erlangen und vulnerable Minderjährige zu instrumentalisieren. Diese Desinformation wirkt insbesondere außerhalb des Unterrichts, etwa auf dem Pausenhof und in der Freizeit auf junge Menschen ein - weitaus stärker als die Lehrerinnen und Lehrer das oft wahrnehmen.

Nationalsozialistisch geprägte Begriffe wie „Kulturkreis“ werden gegenwärtig von der Neuen Rechten wieder salonfähig gemacht und Kinder und Jugendliche durch rechtspopulistisch initiierte Begriffe wie die Bezeichnung „Kopftuchmädchen“ aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit bewusst ausgegrenzt. Sie werden dadurch außerhalb ihrer eigenen Klassengemeinschaft gestellt, indem ihnen ihre individuelle Identität abgesprochen wird.

Gesellschaft

epd: Wie sieht Ihrer Ansicht nach ein verantwortungsvoller Umgang der Lehrkräfte mit dem Nahostkonflikt angesichts dieser Herausforderungen aus?

Käsehage: Es geht darum, in den Klassenräumen eine möglichst sachliche, unaufgeregte Diskussion zu führen und zu verhindern, dass Schülerinnen und Schüler in einen Radikalisierungstunnel abtauchen, dessen Weg ihnen von extremistisch motivierten Akteuren geebnet wird.

Es muss klar sein, dass an Schulen keine antisemitischen, antimuslimischen und rassistischen Narrative toleriert werden. Beide Gewaltphänomene, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus, müssen erkannt und im Unterricht behandelt werden. Unser Projekt und die damit verbundenen Fortbildungen befähigen Lehrkräfte dazu. Die Schulgemeinschaft wird in die Lage versetzt, religionsbezogene Diskriminierung zu erkennen und sich gemeinsam dagegen zu positionieren.

Bündnis: Mehr als eine halbe Milliarde Kinder leidet unter Konflikten

Osnabrück, Berlin (epd). Anlässlich des Red Hand Day am Mittwoch (12. Februar) fordert das Deutsche Bündnis Kindersoldaten die neue Bundesregierung auf, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit für kriegsbedroffene Kinder zu erhöhen. Konflikte müssten friedlich gelöst und Täter konsequent strafverfolgt werden, forderte das Bündnis zu dem unter anderem das Osnabrücker Hilfswerk Terre des Hommes gehört am Dienstag in Berlin.

Weltweit würden immer mehr Kinder von bewaffneten Konflikten betroffen, sagte Bündnis-Sprecher Frank Mischo von der Kindernothilfe. „Unserer Schätzung nach waren es im Jahr 2024 eine halbe Milliarde Kinder.“ Etwa jedes fünfte Kind lebe heute in Krisen- und Konfliktgebieten. Das seien anteilig doppelt so viele, wie in den 90er Jahren. Zudem seien immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten von schweren Kinderrechtsverletzungen betroffen, etwa der Rekrutierung als Soldatinnen und Soldaten, Tötung und Verstümmelung, Sexueller Gewalt, Entführungen, Angriffen auf Schulen und Krankenhäuser und der Verweigerung humanitärer Hilfe.

Ralf Willinger von Terre des Hommes mahnte, dass Hilfe für kriegsbedroffene Kinder nicht behindert werden dürfe. Dies sei allerdings immer öfter der Fall - zum Beispiel in Myanmar, in Gaza, der West Bank und Afghanistan. „Deshalb müssen unsere Kollegen vor Ort immer riskantere, oft lebensgefährliche Wege gehen, um die Kinder vor dem Verhungern oder Krankheiten zu schützen.“

Am 12. Februar 2002 ist das Zusatzprotokoll der Kinderrechtskonvention zu Kindern in bewaffneten Konflikten in Kraft getreten, das den Einsatz von unter

18-Jährigen in bewaffneten Konflikten verbietet. Anlässlich dieses Tages ruft das Deutsche Bündnis Kindersoldaten jährlich gemeinsam mit zahlreichen Organisationen weltweit zu Aktionen mit dem Symbol der roten Hand auf.

Gesellschaft

Fachkräfte aus Kolumbien: Niedersachsen startet Modellprojekt

Hannover (epd). Niedersachsen startet ein Modellprojekt für die Anwerbung von Fachkräften aus Kolumbien für Mangelberufe im Bereich der Biowissenschaften. Das niedersächsische Arbeitsministerium fördert das Projekt „Adelante Colombia“ („Weiter so Kolumbien“) in den kommenden drei Jahren mit Mitteln in Höhe von 500.000 Euro, wie das Ministerium am Montag in Hannover mitteilte. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen in Südniedersachsen solle es erleichtert werden, Fachkräfte zu gewinnen. Unter die Biowissenschaften („Life Science“) fallen etwa Berufe aus den Bereichen Medizin, Biochemie und Biophysik.

Der demografische Wandel werde für Niedersachsen weitreichende Folgen haben, betonte Arbeitsminister Andreas Philippi (SPD): „Den Unternehmen fehlen hierzulande in vielen Regionen und Berufsfeldern Fach- und Nachwuchskräfte.“ In Südniedersachsen betreffe dies oft Betriebe aus der Biotechnologie, Medizintechnik oder Gesundheitswirtschaft. Rund ein Viertel aller regionalen Arbeitsplätze seien mit diesen Bereichen verbunden.

Bis zu 50 qualifizierte Fachkräfte sollen angeworben werden, darunter etwa Physikalaborantinnen, Mechatroniker oder Mitarbeiter der chemischen Industrie. Den Angaben zufolge werden aktuell unter rund 150 Unternehmen aus dem Bereich „Life Science“ in Südniedersachsen Unternehmenspartner gefunden und gesuchte Stellenprofile ermittelt.

Die Industrie- und Handelskammer Hannover ermittle die dazu passenden Berufe für die in Südniedersachsen gesuchten Fachkräfte als Grundlage für eine schnelle und erfolgreiche Anerkennung der kolumbianischen Abschlüsse in Deutschland. Alle künftigen „Adelante“-Fachkräfte müssten eine passende abgeschlossene Berufsausbildung in Kolumbien haben und sich im Vorfeld der Einreise das Sprachniveau B1 in der deutschen Sprache aneignen.

Zuletzt hatte der Fall von zehn von Abschiebung bedrohten kolumbianischen Pflegekräften in einem Heim für Demenzkranke in Wilstedt bei Bremen für Schlagzeilen gesorgt. Sie hatten Asyl beantragt, wurden aber abgelehnt. Im Falle ihrer Ausreise hätte das Heim möglicherweise schließen müssen. Die Frauen und Männer sollen nun eine Ausbildung zur Pflegekraft machen und können so eine Duldung erhalten. Beim Projekt „Adelante“ sollen Menschen aus Kolumbien von vornherein über das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz angeworben werden, um den irrtümlichen Weg über Asylanträge zu vermeiden.

Forscher finden Hinweise auf Kannibalismus in Mitteleuropa

Göttingen (epd). In Teilen Mitteleuropas könnte Forschungen zufolge vor rund 18.000 Jahren Kannibalismus verbreitet gewesen sein. Manipulationsspuren an menschlichen Überresten aus der Maszycka-Höhle in Südpolen deuteten auf eine systematische Zerlegung von Verstorbenen und Kannibalismus hin, teilte die Universität Göttingen am Montag mit. Schnittspuren an Schädelfragmenten zeugten vor einer Abtrennung von Muskelansätzen und der Kopfhaut, während lange Knochen zerschlagen worden seien, um an das Knochenmark zu gelangen.

Die Maszycka-Höhle gilt als bedeutende Fundstätte aus der späten Altsteinzeit. Bereits vor über 100 Jahren entdeckten Wissenschaftler dort zwischen Steingeräten, Knochenspitzen und Jagdbeuteresten eiszeitlicher Tiere auch Menschenknochen. Grabungen der 1960er Jahre lieferten weitere menschliche Überreste, so dass der Forschung insgesamt 63 Knochen von zehn Individuen aus der Zeit vor 18.000 Jahren für die Untersuchung zur Verfügung standen.

„Es ist möglich, dass es sich um Gewaltkannibalismus handelt“, sagte Thomas Terberger vom Seminar für Ur- und Frühgeschichte der Universität Göttingen, das an dem Vorhaben beteiligt war. Nach dem Kältemaximum der letzten Eiszeit sei es zu einem Bevölkerungswachstum gekommen, „und das kann zu Konflikten um Ressourcen und Territorien geführt haben“. Außerdem seien in der Maszycka-Höhle menschliche Überreste mit Siedlungsabfall vermischt worden, was auf keinen respektvollen Umgang mit den Toten hindeute.

Menschenrechtler: Politik muss Fluchtursachen bekämpfen

Göttingen (epd). Nach dem TV-Duell zur Bundestagswahl zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) am Sonntagabend hat die Gesellschaft für bedrohte Völker von der Politik mehr Einsatz für Menschenrechte verlangt. Weder Scholz noch Merz hätten bei der Diskussion im Fernsehen gezeigt, dass sie Verantwortung für die politischen und wirtschaftlichen Ursachen für Flucht übernehmen würden, kritisierte Sarah Reinke von der in Göttingen ansässigen Menschenrechtsorganisation am Montag. „Sie haben sich darin überboten, wer für mehr Abschiebungen und Abschreckung Schutzsuchender sorgen wird.“

„Kriege, Extremwetterkatastrophen und Krisen fallen nicht vom Himmel“, fügte Reinke hinzu. Es sei entscheidend, ihre Ursachen zu verstehen und zu bekämpfen. Statt drängende außenpolitische Themen zu besprechen, hätten Merz und Scholz einmal mehr die Asyldebatte in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt.

Gesellschaft

In einem am Montag vorgestellten Forderungskatalog zur Wahl appelliert die Gesellschaft an die Kandidaten für den Bundestag und die künftige Bundesregierung, sich weltweit und konsequent gegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression einzusetzen. Zudem fordern die Menschenrechtler einen größeren Einsatz für die Rechte und den Schutz verfolgter und bedrohter ethnischer, religiöser und sprachlicher Minderheiten und Nationalitäten sowie Indigener Völker. „Unabdingbar dafür ist die konsequente Anwendung geltender deutscher, europäischer und internationaler Gesetze und Normen sowie ein Ende der doppelten Standards, wenn es um schwerste Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts geht“, heißt es in dem Forderungspapier.

Gesellschaft

Landesfrauenrat ruft zur Teilnahme an Bundestagswahl auf

Hannover (epd). Der niedersächsische Landesfrauenrat hat alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, sich am 23. Februar an der Bundestagswahl zu beteiligen. Dabei sollten sie genau hinschauen, welche Kandidatinnen und Kandidaten sich für Chancengleichheit für Frauen und eine geschlechtergerechte Politik einsetzen, sagte die Verbandsvorsitzende Barbara Hartung am Dienstag in Hannover. Wahlen seien eine entscheidende Möglichkeit, hier politische Weichen zu stellen.

„Frauen sind nach wie vor in vielen politischen und gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert“, betonte Hartung. „Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir unsere Stimmen nutzen, um eine gleichberechtigte und gerechte Gesellschaft mitzugestalten.“

Der Landesfrauenrat vertritt als Dachverband rund 60 Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände mit insgesamt mehr als 2,2 Millionen Frauen in Niedersachsen. Der Verband setzt sich für die Gleichstellung von Frauen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ein.

„Wähl' Liebe“: Christopher Street Day kündigt Demos für Vielfalt an

Hannover (epd). Unter dem Motto „Wähl' Liebe“ rufen die Organisatoren des Christopher Street Days (CSD) für Sonnabend bundesweit zu Demonstrationen auf. Es sei wichtig, sich gegen Rechtsruck und Ausgrenzung zu positionieren und am 23. Februar für Vielfalt, Gleichberechtigung und Menschenrechte zu votieren, teilten der CSD und die Ökumenische Gemeinschaft Homosexuelle und Kirche (HuK) in Hannover am Dienstag mit.

In Niedersachsen gibt es unter anderem in Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Braunschweig und Wilhelmshaven Kundgebungen. In Anlehnung an das Motto „Um 5 vor 12 für die Demokratie“ starten die Demos um 11.55 Uhr. Eine vollständige Liste der teilnehmenden Städte und Angaben zu den Treffpunkten gibt es im Internet unter: www.waehl-liebe.de/demonstrationen/

Gesellschaft

Patriot und Verteidiger der Demokratie

Friedrich Ebert, der erste Reichspräsident, starb vor 100 Jahren

Von Jürgen Prause (epd)

Friedrich Ebert war erster Reichspräsident und entschiedener Verteidiger der Weimarer Demokratie. Als er vor 100 Jahren starb, wurde ein Monarchist und Antirepublikaner sein Nachfolger.

Bremen, Berlin (epd). Sein Tod kam zur Unzeit. Im Alter von nur 54 Jahren starb Reichspräsident Friedrich Ebert am 28. Februar 1925 an den Folgen einer verschleppten Blinddarmentzündung. Er war das erste demokratisch gewählte Staatsoberhaupt in der deutschen Geschichte. In der politisch turbulenten Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und dem Sturz der Monarchie setzte sich der Sozialdemokrat und Patriot für die Stabilisierung der jungen Weimarer Demokratie ein.

„Die Republik von Weimar verlor mit dem ersten Reichspräsidenten ihren Vorkämpfer und einen ihrer Stützpfeiler“, resümiert der Historiker Walter Mühlhausen. Das reguläre Ende seiner Amtszeit am 30. Juni 1925 erlebte Ebert nicht mehr. Ob er bei der anstehenden Volkswahl noch einmal für das höchste Staatsamt kandidiert hätte, ist ungewiss. Viele persönliche Angriffe und Verleumdungen seiner Gegner hatten ihm zugesetzt, auch gesundheitlich.

Die Weimarer Nationalversammlung hatte den ehemaligen Sattlergesellen am 11. Februar 1919 mit großer Mehrheit zum ersten Reichspräsidenten gewählt. Das Amt war mit umfassenden Machtbefugnissen ausgestattet und von den Vätern der Weimarer Verfassung als Gegengewicht zum Parlament konzipiert. Ebert setzte seine Vollmachten ein, um das Überleben der Demokratie zu sichern. Seine Rolle sah er als „Hüter der Verfassung und Bewahrer der demokratischen Ordnung“, wie sein Biograf Mühlhausen schreibt.

Der am 4. Februar 1871 in Heidelberg geborene Sohn eines Schneidermeisters stammte aus einfachen Verhältnissen. Nach der Volksschule und seiner Sattlerlehre ging er auf Wanderschaft, die ihn schließlich nach Bremen führte. Dort arbeitete der Autodidakt zeitweise als Redakteur und Gastwirt. In Bremen lernte auch er seine Frau Louise kennen. Das Ehepaar bekam fünf Kinder: vier Söhne, von denen zwei im Ersten Weltkrieg fielen, und eine Tochter.

Gesellschaft

Schon als junger Mann hatte Ebert sich der SPD angeschlossen. Als fähiger Organisator machte er in der Partei rasch Karriere. 1905 zog er nach Berlin und wurde Mitglied des Parteivorstandes. Nach dem Tod August Bebels stieg Ebert 1913 zu einem der beiden SPD-Vorsitzenden auf. Der gedrungene Mann mit dem markanten Bart fühlte sich zeitlebens als „Sohn des Arbeiterstandes“. Als erster Mann im Staat verstand er sich jedoch als Vertreter des ganzen Volkes.

Als Reichspräsident war Ebert mit zahlreichen innen- und außenpolitischen Krisen konfrontiert: Umsturzversuche von links und von rechts, politische Morde sowie Regierungskrisen und häufig wechselnde Kabinette. Das politische Klima war hochgradig aufgeheizt, das bekam auch Ebert persönlich zu spüren. Er war häufig Verleumdungen und Beleidigungen ausgesetzt, gegen die er sich in rund 200 Prozessen zur Wehr setzte.

Sein unerwarteter Tod sorgte für Bestürzung unter den Anhängern der Republik, die in den letzten Jahren seiner Präsidentschaft eine gewisse politische und wirtschaftliche Stabilität erlebte. Auf historischen Filmaufnahmen ist zu sehen, wie sich der Trauerzug mit dem aufgebahrten Sarg in Berlin feierlich zum Brandenburger Tor und anschließend zum Reichstagsgebäude bewegt. Tausende Menschen säumten die Straßen. Nach der Trauerkundgebung brachte ein Sonderzug den Verstorbenen in seine Geburtsstadt Heidelberg, wo er auf dem Bergfriedhof beigesetzt wurde.

Knapp zwei Monate später wählten die Deutschen einen neuen Reichspräsidenten. Auf den entschiedenen Verteidiger der Demokratie folgte ein erzkonservativer Monarchist und Antirepublikaner: der 77-jährige Paul von Hindenburg. Unter dem politisch unerfahrenen Generalfeldmarschall a.D. verwandelte sich die Demokratie von Weimar in ihren letzten Jahren zu einem autoritären Präsidialregime, ehe sie 1933 von der nationalsozialistischen Diktatur Adolf Hitlers abgelöst wurde.

Der Reichspräsident in der Weimarer Republik

Bremen, Berlin (epd). Zwei Reichspräsidenten gab es in den 14 Jahren der Weimarer Republik. Der erste war der Sozialdemokrat Friedrich Ebert (1871-1925). Nach der Revolution von 1918/19 wurde er am 11. Februar 1919 von der Nationalversammlung in das höchste Staatsamt gewählt, das er sechs Jahre lang ausübte. Als Ebert am 28. Februar 1925 starb, wählten die Deutschen den parteilosen ehemaligen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (1847-1934) zum Nachfolger. Dieser ernannte am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler und besiegelte damit das Ende der ersten deutschen Demokratie.

Der Reichspräsident besaß gemäß der Weimarer Reichsverfassung eine große Machtfülle. Er hatte unter anderem das Recht, den Reichskanzler zu ernennen und zu entlassen. Er konnte auch den Reichstag auflösen. Zudem hatte er den militärischen Oberbefehl über die Reichswehr. Besondere Machtbefugnisse bezog das Staatsoberhaupt durch das Notverordnungsrecht in Artikel 48 der Verfassung. Dieser erlaubte ihm, die nötigen Maßnahmen „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ zu treffen und durchzusetzen.

Gesellschaft

Holocaust-Überlebender gibt Bundesverdienstkreuz definitiv zurück

Leer/Berlin (epd). Der Holocaust-Überlebende Albrecht Weinberg (99) aus dem ostfriesischen Leer wird einem Medienbericht zufolge sein Bundesverdienstkreuz definitiv zurückgeben. Auch ein Anruf von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Montag habe ihn nicht mehr umstimmen können, berichtet das Magazin „Stern“ (Montag/Online). Damit zieht der 99-Jährige die Konsequenzen aus dem Eklat um AfD-Stimmen im Bundestag. Er sei noch immer schockiert, sagte Weinberg dem Magazin am Montag nach dem Telefonat mit Steinmeier.

Ende Januar hatte Union unter anderem mit Stimmen der AfD einen Bundestagsantrag zur Migrationspolitik durchgebracht. Andere Parteien übten daraufhin massive Kritik an dem CDU-Chef und Kanzlerkandidaten Friedrich Merz und warfen ihm vor, die „Brandmauer“ zur AfD zu beschädigen.

Das Gespräch mit dem Bundespräsidenten sei freundlich gewesen, sagte Weinberg dem „Stern“. Steinmeier habe Verständnis für seine Reaktion geäußert, ihn aber gebeten, seine Entscheidung zu überdenken. Es sei eine keine leichte Entscheidung, das Bundesverdienstkreuz zurückzugeben, das eine hohe Ehre für ihn sei. Aber er sei sich und anderen schuldig, an seinem Entschluss festzuhalten, betonte der Holocaust-Überlebende. Er sage bei seinen Besuchen in Schulen immer: ‚Macht den Mund auf gegen die rechte Gefahr‘. Dann muss ich es auch selbst ein Zeichen setzen.“

Mit Rechtsextremisten arbeite man nicht zusammen, sagte Weinberg weiter. Er habe an seiner eigenen Haut erlebt, wohin das führe. Sein Bundesverdienstkreuz habe er dem Mannheimer Fotografen Luigi Toscani mitgegeben, der sich am Dienstag mit Steinmeier treffen und es ihm überreichen solle. Auch Toscani hatte erklärt, er werde seine Auszeichnung aus Protest gegen die Abstimmung zurückgeben.

Albrecht Weinberg ist als Zeitzeuge vielfach geehrt worden. Er überlebte die Konzentrationslager Auschwitz, Mittelbau-Dora, Bergen-Belsen und mehrere Todesmärsche. Seine jüdische Familie wurde von den Nazis fast vollständig

ermordet. 2012 kehrte er zusammen mit seiner Schwester aus den USA zurück in seine ostfriesische Heimat. Seitdem berichtet er vor Schulklassen unermüdlich von den Schrecken des Nationalsozialismus. In seinem Geburtsort Rhaderfehn ist eine Schule nach ihm benannt. Am 7. März wird Weinberg 100 Jahre alt.

Gesellschaft

Land strebt bessere Bezahlung für Notfallsanitäter an

Hannover (epd). Beamtinnen oder Beamte, die als Notfallsanitäter im Dienst sind, sollen nach dem Willen der rot-grünen Landesregierung eine Zulage von zwei Euro pro Dienststunde erhalten. Die Landesregierung habe dazu am Dienstag den Entwurf einer Änderung der Niedersächsischen Erschwerniszulagenverordnung zur Verbandsbeteiligung freigegeben, teilte die Staatskanzlei mit. Die Verordnung regelt das Gewähren von Zulagen, die bei der Bewertung eines Amtes oder bei der Bestimmung der Höhe von Anwärterbezügen noch nicht berücksichtigt worden sind.

„Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter sind im Dienst enormen Belastungen ausgesetzt und tragen eine große Verantwortung für Leib und Leben“, sagte Finanzminister Gerald Heere (Grüne). Beispielsweise stiegen durch die Zunahme multipler Krankheitsbilder die Herausforderungen bei der Beurteilung des Patientenzustands und bei der Entscheidung über Rettungsmaßnahmen. Diesem Umstand und weiteren Erschwernissen sollte mit der höheren Zulage Rechnung getragen werden.

Soziales

Braunschweiger Jugendbüro erhält rund 233.000 Euro

Braunschweig (epd). Mit einem Jugendbüro in der Innenstadt sollen junge Menschen in Braunschweig stärker in Entscheidungen über die Zukunft ihrer Stadt eingebunden werden. Dafür bekommt die Stadt EU-Gelder in Höhe von mehr als 230.000 Euro aus dem Programm „Resiliente Innenstädte“ des niedersächsischen Regionalentwicklungsministeriums, wie das Ministerium am Montag mitteilte.

Hauptnutzer des Jugendbüros in den Räumen der ehemaligen Oberpostdirektion werden den Angaben zufolge das Jugendparlament und Mitarbeitende der Jugendförderung sein. Ziel sei eine dauerhafte und intensive Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen der Stadtgesellschaft, hieß es. Das lege den Grundstein dafür, „dass die Jugendliche von heute auch als Erwachsene von morgen ihre Innenstadt als Freizeit-, Einkaufs- und Arbeitsort gerne besuchen“, sagte Regionalentwicklungsministerin Wiebke Osigus (SPD).

Forschungsprojekt zu Stadtentwicklung, Gesundheit und Nachhaltigkeit

Bremen (epd). Forschende der Universität Bremen wollen herausfinden, wie sich Maßnahmen der Stadtentwicklung auf Gesundheit, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit auswirken. Langfristig sollen neue Konzepte die Situation in städtebaulich, sozial und wirtschaftlich benachteiligten Stadtgebieten verbessern, teilte die Universität am Dienstag mit. Das Bundesforschungsministerium fördert das Projekt in den kommenden drei Jahren mit 1,66 Millionen Euro. Darin arbeiten Forschende der Universität Bremen, der Hochschule Bochum sowie des Wuppertal Instituts zusammen.

Für das Forschungsprojekt „SalusTransform“ sollen erstmals Stadtentwicklungskonzepte in ganz Deutschland umfassend ausgewertet werden. Dabei gehe es um die Frage, ob die Konzepte insgesamt zu einer Verbesserung der Gesundheit, zu einer Verringerung sozialer Ungleichheiten und zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit führen, hieß es. Als Beispiele seien sogenannte integrierte Stadtentwicklungskonzepte in den Städten Bremen, Bochum und Wuppertal ausgewählt worden.

Für die Untersuchung sollen kommunale Daten zur Bevölkerungsstruktur, zum Verkehrsaufkommen, zur Lärmbelastung oder zur Qualität von Grünflächen ausgewertet werden. Außerdem sollen Anwohner und Akteure der bisherigen Maßnahmen befragt werden.

Johanniter kochen Grünkohl für Bedürftige

Bremen (epd). Die Bremer Johanniter kochen in diesem Jahr wieder Grünkohl für Bedürftige und wollen die deftige Speise am 23. Februar auf der Bürgerweide aus einer mobilen Einsatzküche verteilen. Im vergangenen Jahr hatten rund 200 Menschen das Angebot des Johanniter-Kältebusses und des ehrenamtlichen Küchenteams wahrgenommen, wie die Johanniter am Dienstag mitteilten. Das Essen soll wieder von 12.30 bis 14 Uhr vor der ÖVB-Arena ausgegeben werden.

Das Team werde etwa 300 Portionen Grünkohl „mit allem Drum und Dran“ vorbereiten, hieß es. Unterstützt werde das Grünkohlessen finanziell vom „Round Table 2“. Zudem wollten die Frauen des „Lady Circle“ noch Tüten für die Obdachlosen mit Dingen des täglichen Bedarfs und Leckereien packen.

Das Team des Johanniter-Kältebusses ist in den Wintermonaten immer mittwochs ab 19 Uhr auf dem Gelände des Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM) am Konsul-Hackfeld-Haus anzutreffen. Sonntags fährt der

Soziales

Bus zudem zum Hohentorspark in der Bremer Neustadt und in die Friedrich-Rauers-Straße in der Bahnhofsvorstadt, um wohnungslosen und bedürftigen Menschen mit warmen Getränken, einer Mahlzeit und Bekleidung zu helfen. „Es ist die letzte warme Mahlzeit, bevor diese Menschen in die kalte Nacht gehen“, sagte Karin Stelljes vom Kältebus-Team. Pro Abend geben die Ehrenamtlichen des Kältebusses eigenen Angaben zufolge rund 150 Rationen heraus.

Klimastreiks am Freitag an vielen Orten in Niedersachsen und Bremen

Hannover (epd). Mit einem weiteren bundesweiten Aktions- und Demonstrationstag will die Initiative „Fridays for Future“ am Freitag die Klimakrise vor der Bundestagswahl wieder mehr in den Fokus rücken. Beim „Klimastreik“ am 14. Februar sind in mehr als hundert Städten Demozüge und Kundgebungen geplant, teilte „Fridays for Future“ mit. In Niedersachsen und Bremen sind bislang mehr als 20 Demonstrationen angekündigt, unter anderem in Hannover, Braunschweig, Göttingen, Lüneburg, Osnabrück und Oldenburg.

„Spanien steht unter Wasser, die Welt steuert auf 3,1 Grad Klimaerhitzung zu“, heißt es im Aufruf von „Fridays for Future“. Doch die Klimakrise habe in der öffentliche Debatte zuletzt kaum noch eine Rolle gespielt. Die Diskussion drehe sich nahezu nur um die Themen von rechtsgerichteten Parteien und Gruppen.

„Wir müssen über das sprechen, was wirklich zählt“, erklärte „Fridays for Future“ weiter. „Für eine gerechte, friedliche Welt müssen wir die Klimakrise eindämmen. Eine vorgezogene Bundestagswahl bedeutet eine vorgezogene Entscheidung über unsere Zukunft. Es steht viel auf dem Spiel: Wir können gewinnen - aber auch alles verlieren.“

Im Vorfeld der Demos laden die christlichen Kirchen Hannovers gemeinsam mit den Initiativen „Christians for Future“ und „Fridays for Future“ zu einer ökumenischen Andacht ein. Beginn ist am Mittwoch um 18 Uhr in der Krypta der katholischen Basilika St. Clemens, wie die Organisatoren mitteilten. Die Andacht steht unter dem Motto „Hoffnung und Widerstand“.

Konkret verlangt „Fridays for Future“ Klimaneutralität bis 2035, ein Ende der Nutzung von Gas als Energieträger, ein Recht auf klimafreundliche Wärme und Mobilität sowie die Besteuerung von „Superreichen“, um die notwendige Transformation zu bewältigen. Zudem müsse Deutschland einen Fonds für den Schutz vor den schlimmsten Folgen der Klimakrise errichten und jährlich rund 300.000 neue Fachkräften in Zukunftsbranchen wie der Photovoltaik ausbilden.

Soziales

Umwelt

Künstler mit Behinderungen gestalten Basilika St. Godehard

Hildesheim (epd). Künstlerinnen und Künstler mit Behinderungen haben den Kreuzweg der Basilika St. Godehard in Hildesheim neu gestaltet. Die 14 farbintensiven Bilder der Kreuzweg-Stationen werden am 7. März in der katholischen Pfarrkirche eingeweiht, wie das Atelier Wilderers der Diakonie Himmelsthür am Montag mitteilte. Sie verbildlichen den Leidensweg Jesu bis zu seiner Kreuzigung. Insgesamt waren 15 Künstler an dem Projekt beteiligt. Die Feier beginnt um 17 Uhr.

Die Arbeiten an den neuen Kreuzweg-Impressionen begannen den Angaben zufolge bereits im Herbst 2022. Sechs der Bilder werden während des Kirchentages (30. April bis 4. Mai) im Sprengelmuseum in Hannover ausgestellt. Am 2. Mai um 15 Uhr lädt das Museum zu einer Podiumsdiskussion mit den Künstlerinnen und Künstlern von der Diakonie Himmelsthür ein.

Fassaden-Projektionen sollen auf Theater-Notlage hinweisen

Göttingen (epd). Mit nächtlichen Fassaden-Projektionen macht das von der Schließung bedrohte Deutsche Theater in Göttingen auf seine missliche finanzielle Lage aufmerksam. Im Zuge der Kampagne „Theater ohne Zukunft“ werden dabei Szenen mit fiktiven Bewerbern, die das Haus kaufen könnten, jeden Tag nach Einbruch der Dunkelheit auf der Front des Gebäudes präsentiert, wie das Theater mitteilte. Unter den vermeintlichen Kaufinteressenten sind ein schwedisches Möbelhaus, der Betreiber einer Spielhalle oder ein Matratzen-Produzent.

Das Land Niedersachsen will dem Theater zufolge die steigenden Kosten, vor allem durch höhere Tariflöhne, nicht mehr ausgleichen, die Stadt und der Landkreis schlossen sich dem an. Zudem sei die aufwendig vorbereitete Sanierung im August gestoppt worden. Ein strukturelles Defizit baue sich auf. Bis zum Ende der Spielzeit könne das über Rücklagen aufgefangen werden. Doch danach drohe die Insolvenz.

„Unsere Aktion macht sichtbar, was buchstäblich auf dem Spiel steht, fordert dazu auf, über die Rolle von Kunst und Kultur nachzudenken und aktiv für ihren Erhalt einzutreten“, sagte Theatersprecher Jan Hendrik Buchholz. „Ob Spielhalle, Matratzenlager oder Nagelstudio - die Projektionen verdeutlichen auf provokante Weise, was aus diesem prominenten und geschichtsträchtigen Ort werden könnte, wenn Theater als zentrale Orte für Kultur, Dialog und Gemeinschaft keine Zukunft mehr haben.“ Die Aktion läuft zunächst bis Ende Februar.

„Theater schaffen Räume für gesellschaftlichen Austausch, Inspiration und nachhaltige Reflexion“, betonte Intendant Erich Sidler. Ihr Verlust wäre ein unwiederbringlicher Schaden für das Gemeinwesen. Kunst sei keine Randscheinung, sondern die Grundlage für ein gemeinsames Lebensgefühl und tragfähige demokratische Vereinbarungen.

Um auf die Misere hinzuweisen, haben Schauspielerinnen und Schauspieler des Theaters auch eine „Theater-Partei“ gegründet, die mit kurzen Szenen auf dem Göttinger Marktplatz für ihr Anliegen wirbt. „Man kann die Theater-Partei zwar nicht wählen, aber man kann sie unterstützen“, sagte Schauspieler Bastian Dulisch.

Das 1890 eröffnete Deutsche Theater ist das größte Schauspielhaus in Göttingen. Das Ensemble besteht aus fast 30 Schauspielerinnen und Schauspielern. Bespielt werden zwei Bühnen für etwa 500 und 100 Zuschauer sowie eine Kellerbühne als Spielstätte für kleine Stücke, Konzerte, Lesungen und Themenabende.

Impressum

Hg.: Verband Evangelischer
Publizistik Niedersachsen-Bremen
GmbH, Tel. (0511) 12 41-733
Geschäftsführerin:
Andrea Naumann
Evangelische Bank
IBAN DE875206 0410 0000 618560

■ Landesredaktion:

Chefredakteur: Daniel Behrendt
Tel. (0511) 12 41 - 701
Stellvertreter: Michael Grau
Chefin vom Dienst: Karen Miether
Knochenhauerstr. 38/40
30159 Hannover
E-Mail: hannover@epd.de
www.epd-Niedersachsen-
Bremen.de
Bezugspreis monatlich: € 15,00

■ Newsdesk: Björn Schlüter

Knochenhauerstr. 38/40 • 30159
Hanover Tel. (0511) 12 41 - 704 •
E-Mail: hannover@epd.de

■ Bezirksredaktionen:

Braunschweig/

Süd-niedersachsen:

Charlotte Morgenthal
Knochenhauerstr. 38/40
30159 Hannover
Tel. (0511) 1241-706
E-Mail: braunschweig@epd.de

Bremen/Stade: Dieter Sell

Franziuseck 2/4 • 28199 Bremen
Tel. (0421)5597-231 • E-Mail:
bremen@epd.de

Hannover: Michael Grau

Knochenhauerstr. 38/40 • 30159
Han. Tel. (0511) 12 41 - 703 •
E-Mail: hannover@epd.de,
Julia Pennigsdorf
Knochenhauerstr. 38/40 • 30159
Han. Tel. (0511) 12 41 - 707 •
E-Mail: hannover@epd.de

Lüneburg: Karen Miether

Knochenhauerstr. 38/40 • 30159
Han. Tel. (0511) 12 41 - 702 •
E-Mail: lueneburg@epd.de

Oldenburg/Ostfriesland:

Jörg Nielsen
Kastanienallee 9 • 26121 Oldenburg
Tel. (0441) 88 54 69 • Fax (0441) 86
601 • E-Mail: oldenburg@epd.de

Osnabrück:

Martina Schwager
Am Armenholz 11 • 49082
Osnabrück
Tel. (0541) 54908 • E-Mail:
osnabrueck@epd.de